

»Deutsche Christen« und NSDAP in der Auseinandersetzung um Deutungshoheit in Kirche und Gesellschaft gegen die evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden Goslars – erste Untersuchungsergebnisse und erkenntnisleitende Gedanken.

Vortrag im Rahmen einer Veranstaltung der Propstei Goslar am 18. April 2007 im Amsdorfhaus Goslar. (zur Veröffentlichung in: JGNKG 2008) © Peter Schyga

Ich möchte diesen Vortrag heute mit zwei Zitaten beginnen:

„Neben dem Nationalsozialismus, mit dem wir Seite an Seite kämpfen, wollen wir das konservative Deutschland verkörpern und unter der Fahne des neuen christlichen Reiches deutscher Nation insbesondere die werktätige und studierende Jugend aufrufen, deren Ziel die wahre Volksgemeinschaft ist.“ Dies Zitat stammt von Vizekanzler Franz von Papen aus einer Rede im Berliner Sportpalast vom 11. Februar 1933, also wenige Tage nach der Machtübergabe an Hitler, wenige Wochen auch vor dem Tag von Potsdam, als Hitler den Segen Hindenburgs, der preußisch-deutschen konservativen Elite und der beiden großen Kirchen erhielt. Hitler selbst versicherte in seiner Regierungserklärung vom 23. März 1933 in der Kroll-Oper den beiden großen Kirchen die Unantastbarkeit ihrer Rechte zu, insbesondere ihres Einflusses auf Schule und Erziehung. Die beiden großen Konfessionen nannte er „wichtigste Faktoren zur Erhaltung unseres Volkstums“, was nicht nur die Katholiken beflügelte, die – auch im Blick auf Rom – befürchtet hatten, in einen Widerspruch zwischen Glaubenstreue und „nationaler Revolution“ zu geraten. Es bestärkte auch manche Führer und Gemeinden der evangelischen Kirchen in Deutschland, in ihrer jahrelangen Schlacht gegen „richtungslosen Liberalismus, gott- und kirchenfeindlichen Bolschewismus, allgemeinen Sittenverfall, Parteienstaat, Wehrlosigkeit, deutschlosen Wankelmut“ einen starken Verbündeten erhalten zu haben. Das andere Zitat lautet:

„Zur lebendigen Volkskirche! Wir ‚Deutschen Christen‘ wollen das Fronterlebnis in die Kirche tragen. Was wir im Felde oder in der Freiheitsbewegung gelernt haben: Kameradschaft, Einsatzbereitschaft, Kampfeswille, Gemeinschaftsgefühl und Hingabe an Volk und Vaterland wollen wir im kirchlichen Leben unter höhere Weihe stellen, wollen wir vertiefen und verklären im christlichen Glauben.“ Diese Worte stammen aus dem Aufruf des Gaupressewarts der Glaubensbewegung *Deutsche Christen*, Rechtsanwalt Dieckhof aus Peine zur Kirchenwahl im Juli 1933 [Goslarsche Zeitung (GZ), 21. 07.33] Der Aufruf ist fast eine Zeitungsseite lang, die kann ich hier nicht zitieren, aber schon aus den wenigen genannten Schlagworten wird klar: Die evangelisch-lutherische Kirche soll funktionalisiert werden, ihre

Weihen gemeinsam mit ihrer Autorität der nationalsozialistischen Erweckungsbewegung zu erteilen.

Zwei völlig unterschiedliche Dimensionen der Wahrnehmung bzw. der Reaktion auf den dramatischen Machtwechsel vom Januar 1933: Dort im Februar/März Schulterchluss zwischen staatlicher Macht und Kirche, hier im Juli desselben Jahres die imperative Forderung, Kirche als dienenden Segensbringer der nationalsozialistisch-völkischen Bewegung zu begreifen. Das Erste nichts Neues, Zweites allerdings, weil Selbstverständnis und Auftrag von christlicher Kirche vollkommen gewandelt werden soll:

Nämlich --- über die Eroberung der Institution Kirche den christlichen Glauben zu zersetzen und zu zerschlagen, um ihn durch das Glaubensbekenntnis zum Führer zu ersetzen. Dieser so formulierte Weg und dieses idealtypisch formulierte Ziel bilden den erkenntnisleitenden Grundgedanken meiner Untersuchung. Er ergibt sich aus Struktur, Funktion und Wesen der nationalsozialistischen Bewegung. Was ich ihnen heute darlege, sind Elemente von Handeln parteilicher und staatlicher Macht sowie ihres Gegenparts der evangelisch-lutherischen Kirche auf diesem Weg – das Ganze konzentriert auf Goslar. [FN Diese Studie entsteht auch vor dem Hintergrund der von mir dargelegte allgemeinen Geschichte der Zeit. vgl.: Peter Schyga, 1999: Goslar 1918 – 1945. Von der nationalen Stadt zur Reichsbauernstadt des Nationalsozialismus. Bielefeld sowie, ders. „Es gilt diesen Pestherd in allen Winkeln Europas auszurotten“. Die Reichspogromnacht am 9./10. November 1938 in Goslar, Heft 1 der Reihe Spuren Harzer Zeitgeschichte, Hg. Spurensuche Goslar e. V., Clausthal-Zellerfeld 2006]

Goslar gehörte bis 1941 der Hannoverschen Landeskirche an, dann, nach dem Gebietsaustausch zwischen Braunschweig und der Provinz Hannover, der Braunschweigischen. Es war bis dahin gleichzeitig Enklave einer weniger nationalsozialistisch durchdrungenen Landeskirche und doch dem kirchenkulturpolitischen Einfluss der braunschweigischen Nachbargemeinden massiv ausgesetzt. Was in beiden Landeskirchen, insbesondere auf der Führungsebene, in dieser Zeit von 1933 bis 1945 geschehen ist, darüber wissen wir dank allmählich umfangreicher Literatur eine Menge. Spannend sind und bleiben - und dabei kaum untersucht - die Fragen der Bindungen der Amtskirchen *in ihren* Gemeinden, die *lokalen* Auseinandersetzungen zwischen Kirche und parteilicher und staatlicher Macht – spannend auch deshalb, weil die Kirche als einzige Institution aus der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft nach der Befreiung durch die Alliierten ziemlich unangetastet erhalten geblieben ist. Das liegt gewiss auch zu einem nicht unbrauchbaren Teil an ihrem Verhalten in den Gemeinden, ihren Bindungen und ihrer

Sinngebung für die Volksgenossinnen und Volksgenossen in der Zeit der Diktatur. Dies Aufzuspüren ist ebenso Bestandteil des Forschungsvorhabens.

Zurück zu den einleitenden Zitaten: Die von Papen und dann auch von Hitler im Frühjahr 1933 formulierte Position bleibt durchaus im traditionellen Rahmen der evangelisch-lutherische Kirche: Sie hebt, um in kirchlicher Sprache zu reden, das Dogma der Zwei-Reiche Lehre *nicht* auf. Die deutschnationale, auch völkische Tradition kirchlicher Amts- und Würdenträger sowie eines Großteils ihrer Gemeinden wird zwar radikalisiert, sie sprengt jedoch das traditionelle kirchliche Selbstverständnis, begründet in dem Glauben an Gott und die Dreifaltigkeit, begründet in der Bibel mit ihren Propheten und Aposteln nicht. Ein Gebet mit dem Satz zu beenden: „Im Namen des Vaters, des Sohnes, des Heiligen Geistes und Adolf Hitlers, Amen“ wäre für einen kämpferischen, Rote und Demokraten Verspeiser wie dem Pastor der Marktkirche, Albert Pellens, unvorstellbar gewesen:

Doch zehn Tage nach den Gemeindewahlen vom 12. März, bei der die NSDAP 60,6 Prozent der Stimmen und der schwarz-weiß-rote Block 14,1% - zusammen also ein veritable Dreiviertelmehrheit der Ratssitze - erhielten, einen Feldgottesdienst mit Beteiligung von Stahlhelm und SA unter der Parole: „Gott, Volk, Reich – Glaube Hoffnung, Wille“ abzuhalten, gehörte gleichwohl zur antirepublikanischen Grundversorgung der Gemeinde durch ihrer Pastoren. Auch der NSDAP seine Marktkirche zu einem Sondergottesdienst zur Verfügung zustellen, wie am 2. Februar 1933, war - noch - eine Selbstverständlichkeit.

Bei einer christlichen Zeremonie das Kampflied Ernst Moritz Arndts aus dem Jahr 1812/13 zu singen, gehörte seit langem zur pastoralen Grundausrüstung.

1. Der Gott der Eisen wachsen ließ,
Der wollte keine Knechte,
Drum gab er Säbel, Schwert und Spieß
Dem Mann in seine Rechte,
Drum gab er ihm den kühnen Mut,
Den Zorn der freien Rede
Dass er bestände bis aufs Blut,
Bis in den Tod die Fehde.
2. Oh Deutschland, heil'ges Vaterland!
Oh deutsche Lieb und Treue!
Du hohes Land! Du schönes Land!
Wir schwören dir aufs neue;
Dem Buben und dem Knecht die Acht!
Der fütt're Krähn und Raben!
So ziehn wir aus zur Hermannschlacht
Und wollen Rache haben!

3. Lass uns brausen was nur brausen kann,
In hellen lichten Flammen!
Ihr Deutschen alle Mann für Mann,
Fürs Vaterland zusammen!
Und hebt die Herzen himmelan,
Und himmelan die Hände,
Und rufet alle Mann für Mann,
„Die Knechtschaft hat ein Ende!“
4. Lasst wehen, was nur wehen kann,
Standarten weh'n und Fahnen!
Wir wollen heut uns Mann für Mann,
Zum Heldentode mahnen!
Auf! fliege! hohes Siegespanier,
voran den kühnen Reihen!
Wir siegen oder sterben hier,
Den süßen Tod der Freien

Bei der Leo Schlageter-Feier am 26. Mai 1933, als die Gartenstraße nach diesem „Märtyrer der Bewegung“ umbenannt wurde, hielt der Pastor der Frankengemeinde Adolf Holtermann die Weiheansprache.

Es soll mit diesen wenigen Hinweisen nur erinnert werden: Antirepublikanisch bis in Mark war die evangelisch-lutherische Landeskirche gewiss, doch zu den Kirchenwahlen am 23.7. 1933 trat keine Liste der „Glaubensbewegung Deutsche Christen“ (DC) in Goslar an.

Wer und was war die Bewegung *Deutsche Christen*? Die DC war zum ersten Mal im Frühjahr in Goslar in Erscheinung getreten, als Pastor Schlott aus Braunschweig zu einer Pfarrertagung eingeladen hatte, um ein Gerippe der zu schaffenden DC-Organisation aufzubauen.

Sie hatte sich im Sommer 1933 quasi aus dem Nichts in Führungsebenen vieler evangelisch-lutherischer Amtskirchen spülen lassen. Man kannte diese Vereinigung als Organisation in Goslar eigentlich gar nicht. Trotz massiver Propaganda der NSDAP war es nicht gelungen, zu den Kirchenvorstandswahlen der drei Goslarer evangelischen Gemeinden eine Liste „Deutsche Christen“ zustande zu bringen. Gauleiter Stellvertreter und ehemaliger Geschäftsstellenleiter in Goslar, Kurt Schmalz, hatte in einem veröffentlichten Befehl seine Mannen zur Wahl verpflichtet:

„Evangelische Nationalsozialisten! Jeder Nationalsozialist trägt sich sofort in die kirchlichen Wählerlisten ein, soweit dies bisher nicht geschehen. Jeder Nationalsozialist hat am Sonntag seiner Wahlpflicht zu genügen und wählt nur die Listen der Glaubensbewegung Deutsche Christen.“ Die Wahlbeteiligung war mit 22 Prozent nicht gerade überwältigend. Zudem berichtete die GZ: „Die Stimmzahl wäre noch größer, die Wahlbeteiligung würde mehr als 22 Prozent betragen, wenn – ja wenn es den Leuten leichter gemacht worden wäre.“ Es habe Gedrängel und Inkompetenz der Wahlhelfer vorgeherrscht, so dass mancher resigniert verzichtet hätte. Aber insgesamt, gab sich die Zeitung zufrieden, sei „die Wahl doch ohnehin eine technische und im Grunde sekundäre Angelegenheit. ... Denken wir daran, dass die Wähler Einmütigkeit zeigten, dass man sich mit Mehrheit auf die Vorschläge einigte, welche von den Wahlausschüssen gemacht wurden. Das wirft kein schlechtes Licht auf die kirchliche Einstellung der Goslarer. Solche Einmütigkeit kann der Kirche nur dienlich sein.“

Die Einmütigkeit schien hergestellt, als bei der Delegiertenwahl zum Landeskirchentag am 5. August 1933 von 686 Mitgliedern der Kirchenvorstände in der Region 594 für den Wahlvorschlag der DC gestimmt hatten. Gewählt wurden: Pastor Philipps in Bredensen; Obersteiger Kühnhold in Lauterberg; Landrat Edler von Planitz aus Clausthal-Zellerfeld. [Wahlkreis V (Clausthal, Zellerfeld, Goslar, Harenberg, Ihlfeld, Salzgitter, Vienenburg,

Willerhausen) am 5./6 August. In der Landeskirche Hannover fanden diese Wahlen nur in Celle als Urwahl statt, sonst stimmten die Mitglieder der Kirchenvorstände.]

Eine Bemerkung am Rande zu dem GZ-Kommentar: Sie wissen verehrte Zuhörer – und wenn sie den betreffenden Abschnitt aus meinem Goslar-Buch nicht parat haben sollten - erinnere ich Sie gern daran: Die GZ erhob sich in der Stadt spätestens seit der Harzburger Front vom Oktober 1931 und dann endgültig zu den Reichstagswahlen 1932 zum schulmeisterlichen Einpeitscher des ihr indifferent erscheinenden Goslarer Bürgertums. Belehrend, mahnend, manchmal drohend und auch denunzierend tat sie so, als müsse sie ihre Leserschaft zum Wohle der Stadt und der Nazibewegung vor sich hertreiben. Und so ist die GZ-Kirchen-Kritik zu lesen: als schmollende Abmahnung, in Zukunft dem Regime offener und dienlicher zur Seite zu stehen.

Und natürlich war diese Wahl umstritten. Der so genannte Kirchenkampf tobte seit einigen Wochen, aber es war auch bei den Menschen, die die Nationalsozialisten herbeigesehnt und gewählt hatten, gar nicht ausgemacht, die Kirche per eigener Stimme der neuen staatlichen Gewalt zu unterwerfen, denn genau danach sah es für die Beteiligten aus.

In dem Tagebuchausschnitt von Theodor Wilhelm Cramer, das Hansgeorg Engelke am 21. 10 1999 in der GZ veröffentlichte, heißt es z. B. dazu: „Und auf kirchlichen Gebiet reißt die Glaubensbewegung Deutsche Christen mit Wehrkreispfarrer Müller an der Spitze alle Macht an sich“. Und zum Wahltag: „Kirchenwahlen- ein Andrang sondergleichen, obwohl nur eine Liste vorgelegt wurde. Daher wählen wir nicht. Die Frage Kirche und Staat beschäftigt uns alle in dieser ganzen Zeit lebhaft.“

Gewählt wurde mit Senator Hermann Ohlmer nur ein stadtbekannter NSDAP-Funktionär in den Kreiskirchenvorstand. Unter den 16 Mitgliedern der Gemeindevorstände blieben die „Märzgefallenen“ mit ihrem Ortsgruppenleiter Weberling in der Minderheit gegenüber verdienten Laien aus dem bürgerlichen und deutschnationalen Lager. Die Einheitsliste entsprach tatsächlich nicht den Vorstellungen der neuen Machthaber und ihrer Paladine. [hier als Anlage: Liste der Vorstandmitglieder der Kirchengemeinden 1933-1944, sowie der Pastoren in derselben Zeit.]

Zu dieser Zeit waren die Pastoren Hugo Duensing (Marktkirche Süd), Albert Pellens (Marktkirche Nord) Adolf Holtermann (Frankenberger Kirche) und Karl Paul Moebius (St. Stephani) in ihren Gemeinden verantwortlich. Von ihnen bekannte sich meines Wissens nur Pastor Pellens eine zeitlang (bis Sommer 1934) öffentlich zu den *Deutschen Christen*, ohne in diese Organisation funktionärstechnisch eingebunden zu sein.

Für die Verkündung Deutschen Christentums im Ort waren zugereiste Wanderprediger der *DC* zuständig. Deren Propaganda nahm sich auch für Goslarer Verhältnisse ziemlich skurril aus: „Steh auf du Volk der Reformation. ...Du wirst der großen Frage Gottes an dich die Antwort geben, welche die Einheit von Evangelium und Volkstum auf alle Zeiten besiegelt. ... Wir wollen die deutsche Kirche. In der Schöpfungsordnung hat Gott es so geordnet. Wir wollen die kämpfende Kirche.“

Die „Glaubensbewegung Deutsche Christen“ - so ihr vollständiger Name - konstituierte sich im Jahre 1932 aus regionalen Gruppen - Schwerpunkte lagen u. a. in Thüringen, Ostelbien und im Freistaat Braunschweig - als Teil der nationalsozialistischen Bewegung. Massiv trat die *DC* erstmals reichsweit zu den von Hitler im Rahmen der Schaffung einer Reichskirche oktroyierten Kirchenwahlen im Juli 1933 auf. Sich stützend auf die Vorstellung vom „positiven Christentum“, ein vager Begriff aus dem NSADP-Parteiprogramm (Art. 24), bestand ihr Ziel darin, die Herrenmenschen- und Rassenideologie der Nazis sowie Führerprinzip und politisch-imperiale Vorstellungen mit der Bibel kompatibel zu machen. Ein „heroisches Christentum“, das einen „heldischen Jesus“ verehrt – der in Gestalt Hitler auf deutsche Erde zurückgekehrt sei, kann man dieses Bild fortspinnen – und die konsequente „Entjudung“ der Kirche und Gesellschaft bildeten die einigende Klammer. Denn die *Deutschen Christen* waren zu Beginn ein durchaus inhomogenes Gebilde:

- in ihnen fanden sich durch den Schwung der „nationalen Revolution“ benebelte antirepublikanische Moraleiferer aus der Amtskirche und deren Gemeinden,
- karrieresüchtige junge Pfarrer, die unter dem Motto der „kämpferischen Volkskirche“ volksmissionarischen Eifer an den Tag legten,
- Parteifunktionäre der mittleren Ebene, die über Eroberung von kirchlichen Bastionen ihre Parteikarriere vorantreiben wollten
- wie auch schlichte Hau-drauf-Nazis, die mit Christentum und Gottesglaube gar nichts am Hut hatten, sondern die Institution Kirche als eine weitere Propagandaplattform für die Bewegung nutzen wollten.

Trotz der überwältigenden Erfolge bei den Wahlen zu den Landeskirchenregierungen, trotz der Bestallung des *DC*-Pfarrers Ludwig Müller zum Reichsbischof, mit dem die Reichskirche auch personell installiert war, zerfledderte diese Glaubensbewegung ziemlich rasch. Zum einen formierten sich unter der Parole „Kirche muss Kirche bleiben“ seit dem Frühherbst 1933 regionale Gemeinschaften der „Bekennenden Kirche“ als Opposition zu ihr. Die oftmals offen antikirchlich-heidnische Propaganda von Funktionären der *DC*, in der Landeskirche Hannover namentlich am *DC*-Landesleiter Gerhard Hahn, Pfarrer in Elmlohe festzumachen,

offenbarte rasch den kirchendestruktiven Charakter von Teilen ihres Führungspersonals. Der Widerspruch dazu und insbesondere die Einführung des „kirchlichen Arieparagraphen“ ließ Pfarrer Martin Niemöller und andere im September den Pfarrernotbund ins Leben rufen. Etwas später dokumentierte die erste reichsweite Synode der Bekennenden Kirche in Barmen vom 29.-31. Mai 1934 ihren Widerstand gegen die „kirchenverwüstenden“ Irrlehren der *Deutschen Christen* in der Kirche. Hier auf lokaler Ebene distanzieren sich die Pfarrer der drei Gemeinden zunehmend von diesem Verein.

Und damit kommen wir zum zweiten Aspekt, warum diese Bewegung der Deutschen Christen ihren einheitlich organisatorischen Charakter verlor. Sie konnte sich auf keine eindeutig formulierte kirchenpolitische Position der NSDAP stützen. Denn die Partei hatte keine. Auf allen Ebenen von Staats- und Parteiorganen handelten Funktionäre in Kirchen- und Religionsfragen uneinheitlich. Kirchenfeindliche Haltungen, neutrale Amtsträger und Sympathisanten agierten neben- und gegeneinander.

Lassen sie mich das Kirchendilemma der Nationalsozialisten in einigen eher theoretischen Überlegungen andeuten, bevor ich mit der Ortsbegehung fortfahre:

Die NSDAP geführte Bewegung begriff sich selbst als Erweckungsbewegung, die in ihrer Totalität den Menschen und die Gesellschaft umstülpen wollte. Zu dieser Totalität zählt auch, sie bis zur letzten Instanz der Frage von Leben und Tod, Sein und Seele zu formulieren und umzusetzen. Das heißt, einen Absolutheitsanspruch auf Wahrheit, Geschichte, Glaube nicht nur zu formulieren, sondern mit allen Mitteln zu verwirklichen im 1000-jährigen Reich. Daraus folgt eigentlich die Zerschlagung hergebrachter Religiosität, ihre Ersetzung durch den Glauben an die Elemente der totalen Herrschaft, man kann sagen: Herstellung eines modernen Manichäismus, eines Götzendienstes.

Der nazistische Chefideologe Alfred Rosenberg hat das in seinem „Mythus des 20. Jahrhunderts“, in der ihm und seines Geistesgleichen gewohnt kruden und eklektischen Form klargestellt: er erklärte die Schöpfungsgeschichte zum Märchen, die biblische Überlieferung im Alten und neuen Testament zur Fiktion und negierte damit den Anspruch der christlichen Kirche auf Wahrheit, auf Verheißung sowieso. Seine germanisch-rassische Evolutionsmythologie, die er dagegen stellte, kann ich hier nicht näher darstellen nur ihren Kern formulieren: christliche Kirche hatte in dem neuen Regime eigentlich keinen Platz. [FN: vgl. z.B. dazu im Überblick: Frank-Lothar Kroll, 1998: Utopie als Ideologie. Geschichtsdenken und politisches Handeln im Dritten Reich, Paderborn, S. 134 ff.]

Nur: - wie sollte die christlich-jüdisch-abendländische Tradition von Denken, von Normen und Werten, von der Frage nach dem Sein und werden zerschlagen werden? Dafür gab es keine Strategie.

Die so genannte Kirchenfrage wurde zunächst unter machtpolitischen Opportunitätsaspekten behandelt. Die Bemühungen der Installation der *DC* ist insofern als der Versuch zu verstehen, Partei-U-Boote in die Institution Kirche zu entsenden, um die traditionellen Kräfte zu schwächen und - völlig weltlich und profan, in diesem Punkt waren sie ziemlich erfolgreich - Kontrolle über die Finanzen zu erhalten. Bis zum Ende des Regimes blieb der Einfluss der *DC*, oder wie sich nach diversen Zersplitterungen und Wiedererfinden nannten, der „Nationalkirchlichen Bewegung“ (ab 1937) in Teilen der kirchlichen Administration groß.

Die Einrichtung eines Reichministeriums für kirchliche Angelegenheiten unter Hanns Kerrl am 16. Juli 1935 sollte die Widersprüche im „evangelischen Kirchenstreit“ bereinigen und Formen administrativer Aufsicht des Staates über die Kirchen schaffen. Das bekannte Tohuwabohu in dieser Polykratie führte dazu, dass die von Kerrl angestrebte Kircheinigung scheiterte. Der Chef der Reichskanzlei, Martin Bormann, stellte in einem Schreiben an Rosenberg vom 22. Februar 1940 lakonisch fest: „Nationalsozialistische und christliche Auffassung sind unvereinbar.“ Der ideologisch-theoretische Think Tank des Regimes, das Reichssicherheitshauptamt, in dem die Funktionselite des Regimes unter Werner Best wirkte, teilte diese Einschätzung weitgehend, Himmler, Heydrich, Bormann u. v. a. eingeschlossen. Andererseits: Der Ministerrat für die Reichsverteidigung wiederum forderte z. B. 1940 die Wiedereinführung des geordneten Religionsunterrichts. Die NSDAP-Reichsleitung lehnte das ab. Als kleine Anmerkung fürs hier heimische Publikum: Der Goslarer Ehrenbürger Reichsbauernführer Richard Walther Darré war durchdrungen von heidnisch-germanischem Götzenkult, der exzessiv auf den Reichsbauerntagen in der Stadt zelebriert wurde. Wie die Kirchenvertreter bei diesen jährlichen Feierlichkeiten auftraten, bleibt eine spannende Frage.

In Teilen der zeithistorischen Forschung herrschte eine zeitlang die Meinung vor, das Regime habe einen einheitlichen Willen und entsprechende Strategie zur Vernichtung von Christentum und Kirche gehabt. Die kirchenpolitischen Eiertänze des Regimes seien nur Taktik ein- und derselben Zersetzungsstrategie gewesen. Diese Einschätzung speist sich zuvörderst aus den Entschuldungsstrategien der Nachkriegskirche, die sich weithin in die Opfer- und Widerstandsrolle begeben hat: Die Kirche sei nicht schuldig geworden, sondern habe sich im Gegenteil als der wichtigste Hort der Resistenz und des Widerstandes bewährt.

[FN vgl. Dokumentation einer EntschlieÙung einer Konferenz der Pfarrer der Propstei Königslutter v. 5. 9. 1945 (LAB: G 19, zit. n. Pollmann, S.45-46)]

Tatsächlich fuhr das Regime eine Art Doppelstrategie: mit der *DC* sollten die Stabsstellen der Amtskirche besetzt werden, die Partei hatte die Aufgabe, hier und vor allem auÙerhalb kirchlicher Institutionen, dem Bildungs-, Erziehungs- und Weltanschauungsauftrag der Kirche entgegenzutreten, zu unterminieren, zu ersetzen. Dies musste auf den unteren Partei- bzw. Gemeindeebenen in der tagtäglichen Praxis durchgesetzt werden.

Und damit bin ich wieder beim Konkreten: Wie schon erwähnt hatte die *DC* keine Ortsgruppe in Goslar, keiner der hier anwesenden Gemeindepfarrer predigte deren Liturgie. Sie hatten also kein öffentliches Forum, sie mussten sich eines schaffen. Um für ihre Prediger - ich sage Prediger, weil durchaus nicht nur Pastoren zu Gottesfeiern der *DC* eingeladen wurden - eine Kirche zur Verfügung gestellt zu bekommen, mussten sie die zuständigen Pfarrer bitten. Abonnet war der *DC* Pfarrer Wissman aus Salzgitter, der auch massiv mithilfe der HJ und des BDM Jugendliche zum *DC*-Konfirmandenunterricht abwarb. Diese Bitte wurde für Zeiten auÙerhalb der Hauptgottesdienste gewährt. Die Erlaubnis war dabei an die Auflage gebunden, sich an die Liturgie der Amtskirche zu halten. Eine unerquickliche Situation, mit der sich die *DC* nicht zufrieden geben konnte: Ihr Bestreben bestand deshalb darin, die Neuwerkskirche als Stammkirche ihrer Glaubensgemeinde dauerhaft und frei zur Verfügung gestellt zu bekommen. Diese Kirche stand als Teil der Stiftung Neuwerk unter der Verwaltung des Magistrats der Stadt, sie war keiner der drei Kirchengemeinden zugeordnet. Das Goslarsche *DC*-Sekretariat mit der Mittelschullehrerin Fräulein Oelmann – Angehörige einer in der Partei verwurzelten Familie - als Wortführerin wusste die Stadtführung mit Oberbürgermeister Heinrich Droste und Bürgermeister Hermann Mühlenberg hinter sich. Diese sollte für die *DC* durchsetzen, dass sie dort ihre *Gottesfeiern* abhalten könnten, ohne auf Zustimmung durch den Pfarrer der Marktkirche angewiesen zu sein. – (Was es mit dieser scheinbaren semantischen Änderung von *Gottesdienst* zu *Gottesfeier* seitens der *DC* auf sich hat ein wenig später.)

Allerdings gab es ein Problem: Der Pastor der Marktgemeinde, Duensing, hatte per Wahl durch die Priorin und die Konventualinnen 1926 das Kanzelrecht erhalten. Der damalige Magistrat hatte der Wahl zugestimmt. [FN, vgl. Dokument in Akte Neuwerk 11 c bd.1] Er weigerte sich im Einvernehmen mit seinem „kirchlichen Ministerium“, der *DC* die Kirche für ihre heidnisch/quasireligiösen *Gottesfeiern* zur Verfügung zu stellen und pochte auf sein Kanzelrecht. So erhob sich ein Streit um die Verfügung über dieses Gotteshaus, der im Sommer 1934 begann, im Mai 1938 seinen Höhepunkt finden sollte, bis weit ins Jahr 1944

aber immer noch nicht abgeschlossen war. Dieser Streit ist dokumentiert in etlichen Hin- und Herschreiben zwischen dem Oberbürgermeister Droste bzw. seinem Stellvertreter Mühlenberg, dem Pastor der Marktkirche Duensing und verschiedenen Stellen der Landeskirche sowie dem Regierungspräsidenten der Provinz Hannover. Wer darf die Kirche nutzen und insbesondere, wer darf das Parochialrecht ausüben? Bau- und Kirchengeschichte wurden bemüht, Gutachten von Dr. Else Brökelschen und Prof. Hölscher geschrieben und zitiert. Das ging mehrere Jahre so hin und her, Rechtsgutachter der Partei und der Landeskirche kamen zu Wort Um der DC rein terminologisch keinen Zutritt zu ermöglichen, wurden ab 1936 entgegen früherer Praxis regelmäßig Hauptgottesdienste in der Neuwerkskirche durch die örtlichen Pfarrer durchgeführt. Die offizielle Begründung lautete, dass die Stadt sich nach Norden ausgedehnt habe, nun solle Kirchgängern ein kürzerer Weg zu einer Kirche angeboten werden. (Um die paar hundert Meter Fußweg zwischen Markt- und Neuwerkskirche ging es bestimmt nicht)

[FN s. Belegungsplan von 1936 sowie die Durchsicht der „Kirchenzettel“ wie die amtlichen Kirchmitteilungen in der Zeitung hießen, Akte Neuwerk 301; hier kann auch noch das Jubiläumsjahr 1936 – Feier am 24. 05.36 - mit rein, wo sogar das Parteiorgan *Harzwacht* vom „festlichen Feiertagsgottesdienst“ sprechen musste, Kreisleiter Otto hatte sich wg. „Verhinderung“ abgemeldet; Akte Neuwerk, Nr. 312]

Der Oberbürgermeister warf sich für die DC ins Zeug: Ich zitiere hier seine Conclusio aus einem langen Schreiben an das Evangelisch-lutherische Kirchenamt in Hannover vom 10. Dez. 1937, in dem er seine Rechtsauffassung auf mehreren Seiten kundtut und dann zu dem Schluss kommt:

„Aus diese Sach- und Rechtslage ergibt sich, dass ich als Verwalter der Versorgungsanstalt Neuwerk in meinem Verfügungsrecht über die Kirche Neuwerk völlig selbständig und durch keinerlei Parochialrecht behindert bin. Selbstverständlich werde ich, wie es nur der Erwägung bedarf, die Gesichtspunkte der Pietät bei meinen Entschlüssen walten lassen.“

Das sollte das „Basta“ über einen langwierigen Streit sein, unterstrichen durch die Tatsache, dass nun Oberbürgermeister Droste persönlich auftrat und nicht wie üblich sein von auswärts importierter Adlatus Mühlenberg. Doch nichts war erledigt. Denn die Empörung des Goslarer kirchlichen Ministeriums über die Praxis der Stadt, die Neuwerkskirche der DC ohne seine Zustimmung zur Verfügung zu stellen, war seit Monaten gewachsen und sollte einem neuen Höhepunkt zustreben.

Im Frühjahr des Jahres 1937, am 19. Mai, hatte sich Pastor Duensing mit der Bitte um Unterstützung über den Superintendenten Ehrhorn an das Landeskirchenamt in Hannover

gewandt. Auch wenn das folgende Zitat etwas länger ausfällt, ich lege es hier deshalb vor, weil es die Tiefe und Schärfe der Auseinandersetzung spiegelt. Vergewissern Sie sich ganz kurz vorher der politischen Lage im Reich:

1937 ist die Herrschaft der Partei gefestigt, die Zustimmung zur Herrschaftspolitik allgemein groß; keimt dennoch irgendwo Widerspruch, wird der rigoros unterdrückt, jeder weiß inzwischen, was das Wort Konzentrationslager bedeutet. Repressalien gegen Kirchenvertreter, die sich der Staatsmacht und dem Einfluss der *DC* entgegenstellten, sind auch in Goslar bekannt. Mit Pastor Holtermann, einst Parteigänger mittlerweile distanziert und kritisch dem Regime gegenüber hat das kirchliche Ministerium einen in ihrer Mitte, der den Zorn der Machthaber über Widerworte massiv zu spüren bekam.

In dem Schreiben heißt es, nachdem Duensing nochmals auf sein Recht als „Prediger und Seelsorger“ verwiesen hat:

„Seit wohl reichlich einem Jahr ist hier ohne mein Wissen und ohne meine Einwilligung die Neuwerkskirche zu anderen als den herkömmlichen Zwecken vom Oberbürgermeister hergegeben wird. So ist die Kirche im vorigen Jahre zweimal dazu zur Verfügung gestellt worden, dass Angehörige des Reichsnährstandes bzw. eine Angehörige derselben von der Neuwerkskirche aus beerdigt worden sind, ein Recht, das nur den Neuwerker Konventualinnen zusteht. In diesem Jahr wurde die Neuwerkskirche, ohne dass die Stadtverwaltung mich gefragt hatte, zu Konfirmation der *DC*-Kinder dem Pastor Wissmann zur Verfügung gestellt. Letzterer hat dann, nachdem dies geschehen, mich um ein Dimissoriale gebeten, welches ich ihm gewährt habe. Am 2. Pfingsttage ist die Kirche wiederum für einen Gottesdienst der *DC* ohne mein Wissen zur Verfügung gestellt und dabei im Grunde durch einen Handzettel zu einer Werbeaktion benutzt worden. Hiergegen habe ich bei dem Bürgermeister Mühlenberg fernmündlich Einspruch erhoben. Letzterer suchte sich dadurch aus der Schlinge zu ziehen, dass er sagte, er habe nur in Vertretung des Oberbürgermeisters gehandelt und dieser habe vor Antritt seines Urlaubs gesagt, dass, falls währen seines Urlaubs ein solcher Antrag auf Freigabe der Kirche gestellt werden würde, ihm stattgegeben werden solle.

Bei diesem Gespräch erfuhr ich, dass beim Oberbürgermeister auch das Bestreben ist, die für die ganze Stadt gehaltenen Früh- bzw. Abendgottesdienste in Neuwerk womöglich zu unterbinden. Er habe sich zu diesem Zweck bereits Akten kommen, bzw. ausziehen lassen. Ich habe sofort erwidert, dass, wie auch die rechtliche Lage sein möge, ein derartiges Vorgehen zum voraus scheitern müsse, weil diese Gottesdienste seit über 100 Jahren dort gehalten worden sind...Das Stift Neuwerk ist eben eine von der Stadt verwaltete Stiftung und

m. E. hat die Stadtverwaltung keine anderen Rechte als die eines Treuhänders.“ [Schreiben v.19.05.37, Akte Neuwerk 500]

Das Landeskirchenamt stahl sich noch, sowie ich das anhand der Akten zum jetzigen Zeitpunkt überblicken kann, aus einer sofortigen Parteinahme, indem es sich auf die abermalige Prüfung der rechtsgeschichtlichen Gutachten zurückzog. [FN: s. z. B. Schreiben d. LKS v. 27.4.38, Akte Neuwerk 500] Währenddessen verschärfte sich Ton und Vorgehensweise der Stadt gegenüber Pastor Duensing. Ich zitiere hier aus einem Brief von Duensing an das Landeskirchenamt vom 4. Oktober 1937, in dem er von einem Gespräch mit Droste berichtet:

„Derselbe hat sich durchaus ablehnend verhalten und sogar mit Zurückziehung der aus Neuwerker Mitteln als Zuschuss gezahlten Summe für die Pfarrbesoldung gedroht. Er hätte sich ein Gutachten von einem hiesigen und einem auswärtigen Juristen machen lassen dahingehend, dass der Auftrag an Neuwerk widerruflich sei. Er könne ja überhaupt bei Freiwerden von Stiftsplätzen auf die Wiederbesetzung verzichten und damit die ganze Neuwerker Frage erledigen. Wenn ich immer meine Zustimmung zur Hergabe der Kirche geben würde, dann würde er mich vorher fragen. Auf meine Entgegnung, dass ich das nicht im voraus für jeden Fall zusagen könnte antwortete er, dann würde er mich nicht fragen. Da die Unterhaltung noch ein weiteres Ausmaß angenommen hat, dessen Einbeziehung in diesem Bericht unmöglich ist, die Kenntnis aber davon zur Beurteilung der ganzen Lage unentbehrlich ist, so bitte ich das Landeskirchenamt, von weiteren Schritten, insbesondere von der Einlegung einer Aufsichtsbeschwerde, einstweilen absehen zu wollen, bis dahin, wo es mir möglich sein wird, in einem mündlichen Vortrag eine ausführliche Darlegung zu geben. Nachrichtlich vermerke ich noch, dass die Neuwerkskirche ohne meine Befragung für 3 Gottesdienste der Deutschen Christen vom Oberbürgermeister zur Verfügung gestellt worden ist, von denen der 1. am 26. September von einem Halberstädter Superintendenten gehalten worden ist. Die beiden anderen stehen noch aus.“ [FN Schreiben v. 4 Okt. 37; Akte Neuwerk 500]

Ich möchte die Schilderung dieser konkreten Auseinandersetzung kurz unterbrechen und innehalten, um Ihnen ein Gespür für die Auseinandersetzungen zwischen Kirche und Regime in den Jahren 1936 und folgende zu vermitteln. Wie sie mitbekommen haben, sind organisiert-institutionalisierte *DCl*er in Goslar gar nicht präsent.

In anderen Orten hatten sie ihre Kirchen, ihre Gottesfeiern, ihre fest installierten Pastoren, in der näheren Umgebung z. B. in Wildemann und Clausthal-Zellerfeld. Wie schwer es für die

DC war in GS zurechtzukommen, zeigt folgende Klage: [FN: der Ausschnitt aus einem Rundbrief der DC v. 30. 11. 1935 zit. n. Goldbach S. 395]

„Am Bußtagsabend sollte in Goslar eine Feierstunde der Deutschen Christen stattfinden, in der Vizepräsident Hahn sprechen sollte. Die ‚Deutschen Christen‘ in Goslar hatten diesen Wunsch, weil sie es aus Gewissensgründen ablehnen, die Gottesdienste der Goslarer Pastoren zu besuchen. Obwohl die Geistlichen in Goslar sich mit allen Mitteln dagegen wehrten, Vizepräsident Hahn in einer Goslarer Kirche predigen zu lassen, erging vom Ministerium Kerrl durch die Staatspolizei Anweisung, eine Kirche zur Verfügung zu stellen. Leider war die Zeit zur Vorbereitung zu kurz, so dass die Feierstunde in einem (überfüllten!) Saal stattgefunden hat. Man soll doch nur nicht glauben, dass durch solche Machenschaften die Wahrheit unterbunden werden könnte.“ In Goslar kämpften sie mit Unterstützung des Magistrats um einen festen Stützpunkt für ihre Kundgebungen. Gleichzeitig ging allgemein die Parteiorganisation in die Offensive gegen die Kirchen und ihre Einrichtungen.

Kurz vor der Olympiade hatte die „Zweite Vorläufige Kirchenleitung der Bekennenden Kirche“ im Mai 1936 eine Denkschrift an Hitler gesandt, in der sie die zunehmende germanisierende Verheidung der Gesellschaft beklagte und auch – und das war etwas Neues – den Unterdrückungscharakter des Regimes politisch vorsichtig kritisierte. Verheidung meinte, dass die antichristliche Propaganda zunahm. Die Antwort der Partei war heftig. Öffentliche Hetze gegen die Kirche und ihre Exponenten. Die antikirchliche kulturpolitische Praxis insbesondere der Massenorganisationen HJ und DAF wurden forciert. Meldungen über Priester und Pastoren als angebliche Kinderschänder, Satanisten, „Judenfreunde“, Polygamisten erschienen bald wöchentlich in der Zeitung.

Die HJ hetzte gegen evangelischen Religions- und Konfirmandenunterricht. Hier in Goslar sind die Angriffe von dieser Seite auf Pastor Holtermann bemerkenswert. (FN vgl. den Beitrag v. H. Deppe] Die Kultur- und Geschichtspolitik hob gleichzeitig in atemberaubenden Konstruktionen germanischen Heidenzauber in quasichristlicher Ummantelung aus deutscher Erde und deutschen Hirnen. Wer sich die zeitgenössischen Heinrichskulte hier in der Umgebung anschaut, findet darin den massiven Versuch der Verheidung christlich-abendländischer Tradition. Monat für Monat veröffentlichte die GZ z. B. in ihrer Geschichtsbeilage, neue alte mythologische Fantasien über die Wurzeln germanischen Christentums. Die leicht frustrierte, weil von der Macht ferngehaltene Kulturelite der Stadt, fand hier ein reiches Betätigungsfeld für bodenloses Schwadronieren – keine formulierte Strategie neuer Heidentumverkündung aber ein weitschweifiges Feld von obskurer Weltdeutung.

Gleichzeitig wurde von der Parteiführung die Unterstützung neugermanischer religiöser Sekten wie der Deutschen Glaubensbewegung unter Jakob Wilhelm Hauer bzw. ihrer Rhetorik durch Parteigliederungen forciert, weil sich die Durchsetzung von völkisch-rassistischem Gedankengut in der Kirche mittels der *DC* als relativ unwirksam erwies. Entscheidend wurde aber, das Christentum durch den säkularisierten Glauben (ein Widerspruch in sich) an Deutschland und den Führer zu ersetzen.

„Wir haben alle nur einen Glauben – Deutschland“ zitierte die *GZ* vom 27. Oktober 1937 in einem Bericht die Versammlung einer NSDAP-Ortsgruppe. Das sollte es sein. Die Partei und ihre Apologeten taten viel, um Glauben mit Deutschland = Hitler und der Bewegung zu identifizieren: Gottesdienste der *DC* hießen von Anbeginn nicht *Dienste*, sondern *Feiern*. Zu *dienen* war in diesem Staat nur einem Herrn: dem Führer der Volksgemeinschaft Adolf Hitler. In Dienst wurde im Reiche Hitlers alles Mögliche und Unmögliches kanonisiert. Gebären war ebenso Dienst wie die Verpflichtung zum Ernteeinsatz, Arbeit sowieso, Armee selbstverständlich: nur einen Gottesdienst sollte es nicht mehr geben. Sich Gott im Dienst verpflichtet zu fühlen statt dem Führer zu dienen, das sollte in diesem Staat nicht mehr möglich sein.

Neben den massiven Angriffen auf die Tätigkeiten der Kirchen in der Jugenderziehung – viel kann ich dazu im jetzigen Stadium meiner Forschung noch nicht sagen, hier wäre mündliche Überlieferung von damals jungen Menschen höchst hilfreich – sollte den christlichen Festen ihre Bedeutung genommen werden. Denn wichtiges Element religiöser Praxis ist ihr Fundus an rituellen Formen. Die Ritualität von Taufe, Konfirmation, Abendmahl, Hochzeit, Begräbnis, die ebenso wie die regelmäßigen christlichen Feiertage in ihrer Wiederkehr die Aufhebung zufälliger Lebensläufe künden und die Gemeinschaft der Gläubigen herstellen, sollte im Angriff auf diese Rituale und ihrer Ersetzung durch Rituale der Quasireligion Hitlers durchbrochen werden. (FN Vgl. dazu z.B. Wehler Bd 4, S. 677-680)

Sprache kam bei diesem Akt eine wichtige Funktion zu: Heilig war der Kampf, das Vaterland, später der Krieg und das Opfern – aber nicht mehr der Heilige Abend – Weihnachtsfeier hatte zu reichen. Das Osterfest wurde deutsch entchristet, und nicht Jesus ist auferstanden, sondern das deutsche Volk irgendwann – ein Datum fand sich immer. HJ und DAF-Betriebsgemeinschaften hatten Sonnenwend- und Julfest zu feiern aber nicht Weihnachten. An Adventssonntagen wurden Sonderschichten gefahren oder Julfahrten unternommen. Thingstätten wurden allerorten eingeweiht – in Goslar auf dem Georgenberg. Nationalsozialistische Weihestätten wurden aus *Lichterdomen* von Flugabwehrscheinwerfern konstruiert, umwaldete Stätten wie die Ratsschiefergrube oder in Harzburg das Kalte Tal

erhielten die Bedeutung von Kathedralen in urgermanischer Tradition. Der christliche Charakter des Erntedankfestes ging in der reichsbauernstädtischen offiziellen Propaganda völlig unter. Nicht die Kirchen waren mehr Zentren des Dankgebets, sondern Marktplatz und Goslarhalle erwachsen zu Stätten von mit Odalrunen befrachteten Fruchtbarkeitsritualen. Ich kann den Prozess der versuchten Verheidung von Gesellschaft hier nur andeuten. Zersetzung der christlichen Kirchen auf der einen Seite und Einvernahme der religiös Indifferenten für die Quasireligion auf der anderen Seite bildeten Elemente völkisch- nationalsozialistischen „Kirchenkampfes“.

In dieser Auseinandersetzung war den christlichen Kirchen die Öffentlichkeit außerhalb ihrer Gotteshäuser genommen worden. Nur als Beispiel: Die *GZ* hatte in Zeiten der Weimarer Republik regelmäßig über Aktivitäten der Kirchen berichtet. Ihre Pastoren waren ja auch bei jeder Weihe und jeder Feierlichkeit an führender Stelle dabei. Nach der Machtübergabe wird noch eine zeitlang über die Aktivitäten der *DC* berichtet, ab etwa Anfang 1934 finden wir außer den „Kirchenzetteln“ keine Meldungen mehr über Tätigkeiten der Goslarer Gemeinden. Der Streit um die Neuwerkskirche ist auch unter diesem Aspekt von Bedeutung. Sich nicht auch noch der originär christlichen Bereiche von Öffentlichkeit berauben zu lassen, motivierte die Protagonisten. Seinen (vorläufigen) Höhepunkt erreichte die Auseinandersetzung im Mai 1938.

Oberbürgermeister Droste erhielt ein Schreiben der „Kirchvorstände der ev. Gemeinden der Reichsbauernstadt Goslar“, datiert vom 5. Mai 1938. Ich zitiere den halbseitigen Brief:

„Die Kirchenvorstände der drei Goslarer Gemeinden haben zu ihrem Bedauern davon Kenntnis bekommen, dass die Neuwerkskirche am 21. April zu einem Zwecke gebraucht worden ist, der diesem Gebäude nicht nur völlig fremd ist, sondern zu den darin sonst vorgenommenen Handlungen in schärfstem Widerspruch steht. Es hat am 21. dortselbst eine standesamtliche Eheschließung mit einem nachfolgenden symbolischen Eheritus stattgefunden, wobei die christlichen Embleme auf dem Altar zugedeckt und auch nicht kirchliche Lieder gespielt worden sind. In dem allen liegt eine Verletzung des christlich-evangelischen Charakters der Kirche, eine Verletzung des Gefühls unserer Gemeinden, die darüber empört sind, dass die Kirche von zweifellos evangelisch-lutherischem Charakter zu nicht kirchlichen Zwecken bestimmungswidrig bereitgestellt wird.

Wir fragen Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, muss es sein, dass weite Kreise unserer Stadt in dieser Weise in ihrem kirchlichen Empfinden verletzt werden? Außerdem weisen wir darauf hin, dass bei der standesamtlichen Eheschließung jede Handlung vermieden werden

soll, die an kultische Gebräuche anklingt. Damit steht es in offenbarem Widerspruch, wenn bei einer solchen Gelegenheit die Kirche und ihre Einrichtungen benutzt werden.

Wir halten es für unsere selbstverständlich Pflicht, unsere Kirchenbehörde über die Vorgänge zu berichten. Die Kirchenvorstände der evangelischen Gemeinden der Reichsbauernstadt Goslar: zum Frankenberg, zum Markte, zu Stephani.“

Handschriftlich unterschrieben haben fast sämtliche Kirchenvorstandsmitglieder der drei Gemeinden darunter nach meinem Wissen definitiv drei Parteigenossen!

[FN Die Namen: *Frankenberg*: Pastor Duensing, Senator a. D. Steckhan, Malermeister Gregor, Amtsgerichtsrat Lenz, Admiral a.D. Siemens – 2 kann ich nicht entziffern-; *Marktkirche*: Pastor Duensing, Pastro Detering, Mittelschullehrer Dietz (PG), Berginvalid Müller, Sattlermeister Söffge, Buchhändler Tippach, Schmiedemeister Welz (PG); *Stephani*: Pastor Henken, Postinspektor Bethe, Masseur Kinkel (PG), Zimmermeister Ritzau, (Gärtneribesitzer Wernecke, Werkmeister Feuerbach die beiden haben nicht unterschrieben, stehen aber in EWB, ob sie noch im Gremium waren, weiß ich nicht)]

Wie würde man heute Neudeutsch sagen: das war der Hammer! Und um noch eins drauf zu setzen. Diese Formulierung war nur ein Kompromiss. Einen Tag vorher hatte Pastor Heyken von Stephani seinem Amtsbruder nämlich geschrieben:

„Als Vorsitzender unsere Kirchevorstandes kann ich nur erklären, dass unser Kirchenvorstand die übersandten Schreiben nur unter den Voraussetzungen unterschreibt, dass 1. in dem Schreiben an den Oberbürgermeister der Protest unserer Gemeinden voll Entschiedenheit und Empörung zum Ausdruck kommt und nicht in eine ausdruckslose Frage (!), ‚Muss das sein?’ gekleidet wird. 2.) dass in beiden Schreiben in derselben Weise gegen die widerrechtliche und fortgesetzten Benutzung der Neuwerkskirche durch die ‚Deutschen Christen’ protestiert wird.“

[FN Schreiben v. 5. mai 1937 u. 4. Mai, 1937; Akte Neuwerk 500; mit dem zweiten Schreiben ist gemeint, dass eine Abschrift ans Landeskirchenamt geschickt wurde, P.S.]

Oberbürgermeister Droste reagierte fahrig, unsicher und zugleich mit seiner Macht drohend. In einem an den Regierungspräsidenten Hildesheim vom 21. Juli 1938 datierten Schreiben stellt er erstmal langatmig seine „Rechtsauffassung betr. Neuwerkskirche“ dar, nörgelt an Kleinigkeiten der grundsätzlichen Kritik herum: „... ich habe dem Pastor unter Darlegung des tatsächlichen Geschehens sehr ernstliche Vorhaltungen wegen seines leichtfertigen und unsachlichen Berichts an das Landeskirchenamt gemacht,“ um dann zum Kern zu kommen:

„Der Pastor hat mir zwar freimütig sein Bedauern wegen der unterlaufenen falschen Darstellung und Ausdrucksweise ausgesprochen und will sofort das Kirchenamt aufklären, ich meine aber, *aufsichtsbehördlich müsste der Urheber eines derartigen Berichts denn doch einen energischen Verweis bekommen. Ich glaube sogar, dass das Verhalten des Pastors Duensing hart an die Grenze vorbeigeht, die ein Einschreiten wegen Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung des kirchlichen Friedens erheischen könnte. Denn die Angelegenheit ist in der verhetzenden Form in einem größeren Gremium verhandelt worden und die Beschwerde an mich trägt 19 Unterschriften von Pfarrern und Kirchenvorstehern.*“

[FN Abschrift d. Schreibens v. 21. 7. 38, Akte Neuwerk 500. Hv. P.S.]

Pastor Duensing machte im weiteren Verlauf kleine formale Einschränkungen - ob die christlichen Symbole in der Kirche nun mit HJ-Fahnen oder Bettlaken verhängt waren, war nun wirklich unerheblich - wick in seiner weiteren Korrespondenz keinen Jota von seiner Kritik ab, obwohl er wusste -: Die letzten Sätze von Droste bedeuteten die Androhung von Repressionen bis zum KZ. Auf Volksverhetzung stand Konzentrationslager!

Es kam nicht so weit. Droste, zwar als Oberbürgermeister und oberster Polizeichef mit viel Macht ausgestattet, war zugleich ein ziemlicher Papiertiger unter den örtlichen Parteifunktionären, wenn er sich mit der lokalen Prominenz auseinandersetzen hatte. Gleichzeitig fanden die Goslarer Gemeinden Unterstützung durch das Landkirchenamt in Hannover. Das Gerangel um Neuwerk, um DC-Prediger in anderen Kirchen, um die Einrichtung einer CD-Pfarrerstelle ging weiter, es wurde taktiert und gedroht, die Finanzkeule geschwungen und manch Intrige gesponnen. Erobern konnten die DC später die Nationalkirchliche Vereinigung Goslar nie.

Ich belasse es heute bei diesen ersten Eindrücken. Gern würde ich die Geschichte weiter erzählen.

EPILOG:

Wenn Sie noch ein wenig Geduld aufbringen können, will ich einige Worte zur Einordnung dieses Forschungsprojekts in die gegenwärtige zeithistorische Forschung zum Nationalsozialismus verlieren:

Sie haben von mir heute keine ausdrückliche Stellungnahme zur allgemeinen Entwicklung der Kirchenpolitik und der Politik der Kirchen bekommen und. Dazu liegt mittlerweile ein relativ stattliches Literaturvolumen zu beiden Landeskirchen vor: Diese beziehen sich entscheidend auf die inneren Verhältnisse der Kirchen, ihr inneres Ringen ums Arrangement mit Staat und Partei des Nationalsozialismus. Es war nötig zu klären, wie Bischof Marahrens oder Bischof

Johnson agierten, wie die Kirche mit Karl Barth und dem Arierparagrafen umging, sich die Niemöller- oder Bonhoeffergruppe konstituierte und welche Politik sie betrieb, um sich auszuliefern oder abzugrenzen. Bei allen diesen notwendigen Untersuchungen ging es – mal kritisch mal auch heftig affirmativ - um die Frage nach der Stellung der Kirche und ihrer Repräsentanten im und um den nationalsozialistischen Staat.

Es scheint an der Zeit, darüber hinaus zu gelangen. Das gilt für die zeitgeschichtliche Forschung zum Nationalsozialismus insgesamt: Dort sind wir mittlerweile - und gestehe das für meine Zunft ein - ziemlich spät dazu gekommen, die Wirkungsmechanismen zwischen Bewegung, Staat und dem Volk und seinen Institutionen *innerhalb* der Volksgemeinschaft näher zu untersuchen. Wir wenden uns zunehmend Fragestellungen zu, wie diese Volksgemeinschaft konstituiert und konstruiert wurde, welche historisch wirkungsmächtigen Faktoren sie zusammengehalten haben – auch ob und wie sie fortgewirkt haben bis heute. Dabei werden auch wieder einst vernachlässigte Fragen kultureller Deutungs- und Identifikationsmuster neu diskutiert. Nicht umsonst hat Norbert Frei dem lang in der Versenkung verschwundene Buch von Fritz Stern: „Kulturpessimismus als politische Gefahr“, in den USA 1961 in Deutschland nur zwei Jahre später erschienen, im Jahre 2005 zu einer Neuauflage in Deutschland verholfen. Und auch nicht umsonst wird dieser große Gelehrte ab dem Sommersemester im Jenacenter 20th Century eine Gastprofessur wahrnehmen. Welche Sorten Kitt die Volksgemeinschaft zusammengehalten haben, gilt es genauer zu fassen: Ich will nicht sagen, dass wir über Terror und Unterdrückung genug wissen, doch wir wissen ebenso, dass das nicht alles war. Dass der Hitlersche Sozialstaat ein bindendes Element war, wissen wir durch die Untersuchungen von Tim Mason, Detlev Peuckert und vieler anderer aus den 70er und 80er Jahren. Diesem Befund hat Götz Aly nun mit dem Element der Bestechung und des Nepotismus einen Aspekt hinzugefügt, der beachtenswert ist aber gewiss nicht die Analysedimension enthält, die der Autor von „Hitlers Volkstaat“ ihr beimisst. Dass und wie der „Mythos Hitler“ (Ian Kershaw) in dieser Gemeinschaft der „Gläubigen“ eine bedeutende Rolle für den Zusammenhalt der „Zustimmungsgemeinschaft“ spielte, darüber wissen wir auch viel. Die durchideologisierte Instrumentalisierung von Geschichte und Heimat zu untersuchen, wie ich das beispielhaft in meinem Goslarbuch versucht habe, bedarf weiterer Impulse, um das Wirken der Kohäsionskräfte der Volksgemeinschaft besser zu verstehen. Die Volksgemeinschaft zum zentralen Untersuchungsgegenstand zu erheben, wie es Michael Wildt mit seinem gerade erschienen Buch „Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung“ getan hat, steht gegenwärtig in der zeithistorischen Forschung an oberer Stelle.

Ich kann hier nicht weiter ausführen, warum das so ist. Worauf ich hinaus will: Wenn es um Werte, Identitäten, Ideologien, Glauben geht, gehört die Kirche als „Konkurrenz“-glaubensgemeinschaft in den Focus von Untersuchungen um die Volksgemeinschaft. Von Quasi- oder Pseudoreligion wurde und wird viel gesprochen, wenn es um ein Charaktermerkmal nationalsozialistischer Wirkungsmächtigkeit geht. Es war Hans-Ulrich Wehler, der im vierten Band seine *Deutschen Gesellschaftsgeschichte* das Wirkungselement der Quasireligion in Verbindung mit seiner Hervorhebung des charismatischen Charakters Adolf Hitlers als tragendes Element seiner Argumentation über Wirkungs- und Funktionsweise des Nationalsozialismus herausgestellt hat, aber genau diese meines Erachtens zentrale Frage nicht genug beachtet hat. Denn wenn man Weltanschauung der Nationalsozialisten als *quasireligiös* bezeichnet, wie ich mein mit hohem Recht, dann stellt sich automatisch die Aufgabe zu fragen: Wie hat die Quasireligion versucht, sich gegen die herrschende christliche Religion durchzusetzen? Hitler duldeten keinen „Gott“ neben sich und seine Ankündigung, die Kirchen nach dem Weltkriegsieg zu vernichten, war ebenso ernst gemeint, wie das Bestreben der SS-Funktionseleite ihre heidnisch-germanisch-modernistische Vorstellung von Säkularisierung – Auflösung der ethisch-moralischen Normen abendländisch christlicher Kultur - durchzusetzen. Ohne die Taktiererei, Anbiederung, das Mitmachen und Wegsehen, die Duldung und mancherorts Förderung von Verbrechen gerade der evangelisch-lutherischen Kirchen irgendwie ausblenden zu wollen oder etwa die Kirche zu *dem* Widerstandshort stilisieren zu mögen: Welchen Beitrag die Kirche und ihre Glieder vor Ort dennoch gegen die nazistische Kulturbarbarei geleistet haben, dass diese Gesellschaft bei all ihren Verwerfungen und Verbrechen weiter existieren konnte, gilt es nachzuspüren.

Die Untersuchung, die ich hier im Ort vorzunehmen gedenke, und über die sie heute einiges gehört hat genau diese erkenntnisleitende Frage im Blick. Sigmund Freud hat im Aufbruch der Moderne in Mitteleuropa – lange vor den Nationalsozialismus - der Religion eine in der Vergangenheit bedeutende Rolle bei der Befriedung von Gesellschaft attestiert und die Gefahren angesprochen, die aus ihrem Sinnverlust entspringen:

»Die Religion hat der menschlichen Kultur offenbar große Dienste geleistet, zur Bändigung der asozialen Trieb viel beigetragen, aber nicht genug. Sie hat durch viele Jahrtausende die menschliche Gesellschaft beherrscht; hatte Zeit zu zeigen, was sie leisten kann. Wenn es ihr gelungen wäre, die Mehrzahl der Menschen zu beglücken, zu trösten, mit dem Leben auszusöhnen, sie zu Kulturträgern zu machen, so würde niemand einfallen, nach einer Änderung der bestehenden Verhältnisse zu streben. Was sehen wir stattdessen? Dass eine erschreckend große Anzahl von Menschen mit der Kultur unzufrieden und in ihr unglücklich

ist, sie als ein Joch empfindet, das man abschütteln muss, dass diese Menschen entweder alle Kräfte an eine Abänderung dieser Kultur setzen, oder in ihrer Kulturfeindschaft so weit gehen, dass sie von Kultur und Triebeinschränkung überhaupt nichts wissen wollen.«
(Sigmund Freud, 1967 (1921): Massenpsychologie und Ich-Analyse, Frankfurt/Main, S. 118)

Und nicht zuletzt bleibt auch im Blick auf heute die Rolle der gesellschaftlichen Bindungskraft von Religion ein Thema, das uns umtreiben sollte: Religiosität und Sinnfrage wird in dieser scheinbar so durchsäkularisierten Welt wieder zu einem zentralen gesellschaftlichen Brennpunkt von Leidenschaften und Debatte.